

Protokollauszug

Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 12.12.2024

Zu Ö 7 Ergebnisse der Mitarbeitendenumfrage Stadt Aachen 2024 zur Kenntnis genommen FB 11/0272/WP18-1

Vorweg betont Herr Dr. Kremer (Dezernat V), dass er nochmals darauf hinweisen möchte, dass der gemeinsame Austausch dieses Themenfeldes im öffentlichen Sitzungsteil nicht das Recht einschlieÙe, die der Vorlage beigefügten Unterlagen mit Detailauswertungen der Ergebnisse öffentlich zu verwenden. Selbstverständlich seien die Redebeiträge über die Mitarbeitendenumfrage frei, jedoch bleibe es der Vorstandsebene vorbehalten, über den weiteren Umgang mit den Umfrageergebnissen und entsprechend auch über den Veröffentlichungszeitpunkt der beigefügten Präsentation zu bestimmen.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) legt dar, dass der Tagesordnungspunkt einvernehmlich in den öffentlichen Sitzungsteil gezogen worden sei und demzufolge sich natürlich auch die gesamten Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt in den öffentlichen Teil der Sitzung verlagerten. Zudem gebe es gemäß § 48 Gemeindeordnung NRW keinen rechtlichen Hinweis darauf, dass die Ergebnisse der Umfrage im nichtöffentlichen Sitzungsteil betrachtet werden müssten.

Ratsfrau Griepentrog (DIE GRÜNEN) führt aus, dass man möglicherweise eine unterschiedliche Einschätzung über den Umgang mit den Ergebnissen der Mitarbeitendenumfrage haben könne. Unabhängig davon, ob die Ergebnisse gefielen oder nicht, dürfe jedoch die niedrige Beteiligungsquote nicht außer Acht gelassen werden. Wenn Teile der Präsentation veröffentlicht würden, liege die politische Verantwortung bei jedem selbst, dies zu tun. Die niedrige Beteiligungsquote könne jedoch dazu führen, dass Dinge verzerrt werden und möglicherweise ein Bild auf die Mitarbeitenden der Verwaltung geworfen werden könnte, für welches die Mitglieder des Ausschusses eine große Verantwortung trügen. Bei einer höheren Beteiligungsquote hätte man auch mit den Ergebnissen anders umgehen können. Es sei jedoch die persönliche Verantwortung und Einschätzung eines jeden mit den Ergebnissen respektvoll umzugehen. Sie bitte daher aus vorgenannten Gründen von einer weiteren Diskussion, welche Unterlagen in welchem Umfang veröffentlicht werden könnten bzw. nicht veröffentlicht werden sollten, abzusehen.

Ratsfrau Moselage (FDP) unterstreicht, dass gerade die Mitglieder des Ausschusses immer sehr verantwortungsvoll mit Daten und Bewertungen umgegangen seien.

Frau van der Meulen (DIE LINKE) zeigt sich über den bisherigen Austausch zu diesem Tagesordnungspunkt irritiert. Es sei für sie als Ausschussmitglied gerade nicht nachvollziehbar, was denn nun zu diesem Tagesordnungspunkt im öffentlichen Sitzungsteil zu sagen sei.

An dieser Stelle fasst die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) nach einem weiteren kurzen Austausch zwischen Ratsfrau Eschweiler (CDU) und Herrn Dr. Kremer (Dezernat v) nochmals abschließend zusammen, worin der inhaltliche Dissens der vorausgehenden Diskussion bestanden habe.

Frau Dr. Michulitz (DIE GRÜNEN) bittet zum besseren Verständnis um Mitteilung, was den Mitarbeitenden im Rahmen der Versammlung am 10.10.2025 bezüglich der Umfrageergebnisse denn gesagt bzw. gezeigt worden sei.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) führt aus, dass den Mitarbeitenden in dieser Veranstaltung die dem Ausschuss vorliegende Ergebnispräsentation vorgestellt worden sei. Innerhalb einer solchen Personalversammlung

befinde man sich in einem nichtöffentlichen Raum. Es sei das gute Recht der Verwaltung die Steuerungshoheit darüber zu haben, welche Informationen veröffentlicht würden. Dies schließe natürlich nicht aus, in der heutigen Sitzung in summarischer Betrachtung über die Umfrageergebnisse sprechen zu können. Bisher habe man sich jedoch nur darüber verständigt, dass die Detailanlage bitte nicht veröffentlicht werde.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) erkundigt sich bezugnehmend auf den bereits für morgen anberaumten Pressetermin, ob die verwaltungsseitige Presseerklärung auch nur einen Teil der Vorlage beinhalten werde?

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) merkt an, dass die Fragestellung in den Händen der Presse liege. Natürlich werde man auch der Presse die Präsentation nicht im vorliegenden Umfang zur Verfügung stellen. Es blieben Interna und die Arbeitgeberin selbst habe die Deutungshoheit über diese Ergebnisse. Zunächst einmal seien die Ergebnisse im Kontext zu wahren, insbesondere auch zum Schutz der städtischen Mitarbeitenden und des inneren Betriebsklimas. Diese Zielsetzung verfolge die Verwaltung weiterhin. Nichtsdestotrotz finde er den heutigen Kompromiss, ein Stück weit über die Ergebnisse zu sprechen, gut.

Ratsfrau Kurschilgen (DIE GRÜNEN) versteht die Aufregung nicht. Die Beteiligungsquote sei mit ca. 30 % nicht wirklich repräsentativ. Aus diesem Grund könne man sich gut über die Inhalte austauschen. Der weitere Umgang mit dem Themenfeld liege in der politischen Eigenverantwortung.

Ratsfrau Moselage (FDP) äußert, dass sie den morgigen Pressetermin und die heutige Diskussion über eine öffentliche/nichtöffentliche Bereitstellung der Unterlagen als eine Gratwanderung ansehe.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) merkt an, dass er die Ermöglichung einer zeitnahen Information zu diesem Themenfeld über einen Nachtrag von den Ausschussmitgliedern nur sehr gering geschätzt sehe. Die Präsentation habe aufgrund der Kürze der Zeit noch nicht einmal intern den Menschen zur Verfügung gestellt werden können, welche nicht an der Versammlung hätten teilnehmen können. Es sei nicht gewünscht, dass dieser Personenkreis wesentliche Inhalte aus der Öffentlichkeit erfahre. Zudem berge eine solche Umfrage immer auch Interpretationsrisiken. Es müsse daher in aller Interesse sein, dass Politik und Verwaltung gemeinsam einen sorgfältigen Blick darauf hätten, inwieweit Informationen in die Welt gesetzt würden, die kritisch sein könnten. Er gehe jedoch davon aus, dass man diese gemeinsame Zielsetzung habe. Der morgige Pressetermin bleibe daher aus seiner Sicht zunächst abzuwarten.

Frau Dr. Michulitz (DIE GRÜNEN) merkt an, dass für sie der Eindruck entstanden sei, dass die Verwaltung die Befragungsergebnisse als kritisch ansehe und aus diesem Grund versuche, Dinge in der Hinterhand zu halten. Sie würde es jedoch gerne anders auslegen und der Verwaltung sowohl für die Durchführung der Befragung als auch für die Transparenz der Ergebnisse ihre Gratulation aussprechen. Die Ergebnisse seien wegen der geringen Beteiligung nicht gut und diese niedrige Beteiligungsquote irritiere sie. Ihrer Kenntnis nach hätten schlechte Befragungen eine Beteiligung von 50 bis 70 %. Sie frage sich daher an dieser Stelle, ob im Rahmen der internen Kommunikation etwas nicht richtig gelaufen sei. Losgelöst von der Beteiligungsquote sehe sie das Ergebnis als solches gar nicht als so vernichtend an. Es gebe ein paar kritische Aspekte, mit welchen man sich jedoch auseinandersetzen könne. Der nun nachfolgende Prozess könne durch den transparenten weiteren Umgang mit den Umfrageergebnissen einer positiven Kommunikation zugeführt werden. Neben dem müsse der Verwaltungsvorstand sicherlich auch mit den Ergebnissen in die Klausur gehen. Dass eine Befragung die angeführte Kritik ergebe, sei total normal.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) bedankt sich für die Ausführungen. Natürlich könne die Vorstellung der Präsentation an über 6000 Beschäftigte dazu führen, dass Inhalte davon gegebenenfalls auch öffentlich werden könnten. Nichtsdestotrotz bleibe es der in Auftrag gebenden Verwaltung überlassen, mit welcher Begleitbotschaft und mit welcher Einordnung sie ihre Außenkommunikation betreibe. Dies sei eine verabredete Art und Weise des Verwaltungsvorstandes mit der Oberbürgermeisterin und dem gesamten Vorstand und mitnichten werde heute der Kurs der Verwaltung geändert. Die Verwaltung werde sich selbstverständlich mit den Ergebnissen in einer Art und Weise auseinandersetzen, die gar keinen Geheimhaltungsgedanken habe.

Die Beteiligung sei selbstverständlich auch hinter den verwaltungsseitigen Erwartungen zurückgeblieben. Im Nachgang habe man festgestellt, dass eine größere Anzahl von Mitarbeitenden die Befragung zwar angefangen, jedoch dann abgebrochen und entsprechend nicht beendet hätten. Das deute darauf hin, dass der Fragenkatalog insgesamt zu umfangreich gewesen sei; hieraus wolle man für die Zukunft lernen. Das Ergebnis in Gänze sei nicht schlecht und sei auch so zu erwarten gewesen. Die summarische Betrachtung auf Dezernatsebene sei jedoch geeignet, Fehlschlüsse zu provozieren. Bei einer weiterführenden Betrachtung auf Fachbereichsebene und gegebenenfalls Abtei-

lungsleitungsebene könne dies auch zu Verschiebungen innerhalb der Dezernate führen, sodass eine Gesamtbeurteilung demzufolge nur bedingt aussagekräftig sein könne.

Neben dem gäben $\frac{3}{4}$ der sich an der Umfrage beteiligten Mitarbeitenden an, dass sie stolz darauf seien, bei der Stadt Aachen zu arbeiten, eine hohe Arbeitgeberinnenidentifikation hätten und die Stadt Aachen als Arbeitgeberin empfehlen würden. Dies seien wunderbare Aussagen, welche zu anderen Teilaspekten in Kontext zu bringen seien. Die richtige kommunikative Begleitung eines solchen Themas müsse in alle Richtungen gesteuert werden und daher an dieser Stelle nochmals der Appell, dafür Sorge zu tragen, dass die Informationen nun intern weiterverarbeitet würden, die richtigen Schlüsse gezogen und die richtigen Maßnahmen ergriffen würden. Dies sei ja auch Konsens.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) weist daraufhin, dass sie an dieser Stelle noch einmal über das weitere Prozedere sprechen möchte, da die vorangegangene Diskussion zu einem Tagesordnungspunkt stattgefunden habe, der inhaltlich letztlich noch im nichtöffentlichen Sitzungsteil verblieben sei.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) weist darauf hin, dass Gegenstand seiner Wortmeldung nur in der Bitte bestanden habe, dass die Präsentation im nichtöffentlichen Sitzungsteil verbleibe.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) gibt somit die weitere inhaltliche Befassung mit dem Tagesordnungspunkt für den öffentlichen Sitzungsteil frei.

Ratsfrau Kurschilgen (DIE GRÜNEN) berichtet, dass sie von 2 Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Aachen vernommen habe, dass der Fachbereich Personal und Organisation (FB 11) bereits schon häufiger selbst Befragungen durchgeführt habe. Bei der nun vorliegenden Befragung sei es ja der ausdrückliche Wunsch gewesen, dass diese von einem externen Unternehmen durchgeführt werde. Sie bitte um Auskunft, ob es sich bei den in diesen Befragungen gestellten Fragen um ähnliche Fragestellungen gehandelt habe und in wieweit es eventuell zu Eckpunkten Vergleichswerte zu Verbesserungen und/oder Verschlechterungen gebe. Diese Informationen habe sie sich bei der Durchsicht der Unterlagen gewünscht.

Zudem lasse sich festhalten, dass im Rahmen der Digitalisierung in verschiedenen Bereichen noch „Luft nach oben“ sei. Insbesondere bleibe in der Vorlage unerwähnt, dass 55 % der an der Umfrage beteiligten Mitarbeitenden angäben, dass die Stadt Aachen ihre Beschäftigten nicht gut auf Veränderungen und Anforderungen durch Digitalisierung vorbereite und 47 % der Befragten angegeben hätten, dass die Hardware im IT-System nicht zuverlässig funktioniere. Diese Punkte seien für sie ganz wichtig.

Darüber hinaus vermisse sie in der Vorlage, die Aufführung von weiteren Umfrageergebnissen zu den Themenfeldern „Termin- und Zeitdruck“, „Arbeitsabläufe und bürokratische Regelungen“ und „Wissenstransfer“. Diese Themenbereiche seien auch wichtig und bedürften einer weiteren Draufsicht.

Natürlich sei die niedrige Beteiligungsquote ein bisschen schade; allerdings habe sie noch nicht so viele Mitarbeitendenbefragungen begleitet und daher nicht viele Vergleichsdaten.

Herr Lennartz (FB 11/000) führt erläuternd aus, dass der Fachbereich Personal und Organisation (FB 11) in der Tat ebenfalls Umfragen durchführe. Der Fokus dieser Umfragen sei jedoch ein ganz anderer; denn der Fachbereich Personal und Organisation (FB 11) befrage sich zu sich selber. In diesen Umfragen stelle man beispielsweise Fragen zur Servicequalität und zur Reaktionsgeschwindigkeit. Dies seien natürlich auch kritische Fragen, aus welchen es Verbesserungspotentiale zu ziehen gelte. Jedoch könnten diese Befragungen nicht mit der vorliegenden gesamtstädtischen Befragung zur Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen und vielen weiteren Aspekten verglichen werden und vor diesem Hintergrund gebe es bei den Fragenstellungen auch so gut wie keine Überschneidungen. Die Befragung erfolge anlassbezogen einmal jährlich, da aus ihr Kennzahlen generiert würden, welche dem gesamtstädtischen Haushaltsplan als Anlage beizufügen seien.

Frau Dr. Michulitz (DIE GRÜNEN) legt dar, dass sie gerne noch 2 inhaltliche Fragen zu den im Vorfeld angesprochenen Umfrageabbrüchen stellen würde. Sie gehe davon aus, dass die Abbruchquote bereits in der 32%igen Rücklaufquote enthalten sei, oder sei die Beteiligung insgesamt doch mehr und eine Frage der Zugangsmöglichkeiten? In diesem Kontext bitte sie des Weiteren um Auskunft, wie die Mitarbeitendenumfrage letztendlich beworben worden sei.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) legt dar, dass mehr als 1.800 Mitarbeitende an der Befragung teilgenommen und diese auch vollendet hätten. Darüber hinaus hätten ca. 600 weitere Mitarbeitende die Befragung nicht zu Ende geführt und

entsprechend abgebrochen. Die Umfrage sei gemeinschaftlich mit der Personalvertretung aufgesetzt und unter professioneller Begleitung durch die Cubia AG durchgeführt und im Vorfeld entsprechend mannigfaltig beworben worden.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) merkt an, dass auch sie sich in Vorbereitung auf den heutigen Termin bezugnehmend auf eine „übliche“ Beteiligungsquote versucht habe, zu orientieren. In der freien Wirtschaft liege die Quote zwischen 60 % und 80 %. Zu kommunalen Mitarbeitendenbefragungen habe sie verschiedene Ansätze gefunden. Es ließe sich festhalten, dass Kommunen, welche zumindest eine 50 % bis 53 % Beteiligungsquote erreichten, ihre Mitarbeitenden sowohl per E-Mail als auch postalisch angeschrieben hätten. Sie gehe daher davon aus, dass die Rücklaufquote hätte erhöht werden können, wenn nicht nur der Weg per E-Mail gewählt worden wäre. Zuzüglich der Abbrüche wäre man gegebenenfalls sogar annähernd an eine Beteiligungsquote von 50 % gekommen.

Das Ergebnis müsse jetzt in irgendeiner Form aufgearbeitet werden. Es könne natürlich nicht angehen, dass die Verwaltung sich darauf zurückziehe, dass die Umfrageergebnisse nicht ganz so repräsentativ seien. Sie bitte um eine Mitteilung, inwieweit der Verwaltung selbst Vergleichswerte vorlägen und zum anderen wie das weitere Vorgehen gerade auch mit den Bereichen, die kritisch seien, wäre. Die Themenfelder seien jetzt benannt und nun müsse ohne Schuldzuweisung überlegt werden, woran es liege und eine entsprechende Auseinandersetzung mit den Problemfeldern erfolgen. Wie beabsichtige der Verwaltungsvorstand mit dem Thema weiter umzugehen?

Herr Lennartz (FB 11/000) betont, dass den Mitarbeitenden entweder über ihre dienstliche E-Mail oder bei Nichtvorhanden sein eines direkten PC-Zugangs bzw. wenn E-Mails hätten nur schwer abgerufen werden können, die Informationen per Brief mit QR-Code übersandt worden wären und trotzdem habe man die vorliegende Rücklaufquote.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) versichert, dass die Ergebnisse selbstverständlich verwaltungsseitig nicht einfach nur hingenommen würden. Eine Vergleichbarkeit sei in diesem Kontext, schaue man einmal nur auf die jährliche Fluktuationsrate, schwierig. Es sei beabsichtigt, zunächst die Hauptcluster, (Unternehmenskommunikation/Digitalisierung/Belastungsstress/Arbeitsbedingungen) auf einer allgemeingültigen Ebene zu betrachten. Zu diesem Zweck würden möglichst die gesamte Verwaltung repräsentierende Fokusgruppen gegründet, in welchen gemeinsame Verbesserungsansätze erarbeitet werden sollten. Daneben gebe es jedoch auch Themenbereiche, die einer dezentralen Beantwortung zugeführt werden müssten. Es brauche daher einen sehr fokussierten Blick und werde entsprechend viel Zeit in Anspruch nehmen. Wichtig sei dabei, dass Maßnahmen ergriffen würden, die die Mitarbeitenden spüren ließen, dass sich die Situation dann auch nachhaltig und erlebbar verbessere.

Ratsfrau Fohn (CDU) bittet um Mitteilung, ob die Item-Konstruktion letztlich nur das externe Unternehmen Cubia AG übernommen habe?

Herr Lennartz (FB 11/000) berichtet, dass es im Vorfeld einen Workshop unter Beteiligung verschiedener Expertinnen und Experten gegeben habe. Unter anderem seien Mitarbeitende repräsentativ aus der Verwaltung, dem Dezernat I und den Eigenbetrieben, die Gleichstellungsbeauftragte und die Personalvertretung an der Erstellung des Fragenkataloges beteiligt gewesen. Gemein sei ihnen allen jedoch, dass sie natürlich keine Fachexpertinnen und Fachexperten für Empirie seien. Daher sei es die Aufgabe des externen Unternehmens Cubia AG gewesen, den Fragebogen abschließend zu designen und auf den richtigen Weg zu bringen.

Ratsfrau Parting (SPD) merkt an, dass man selbstverständlich Schlüsse aus den Umfrageergebnissen ziehen müsse. Die niedrige Rücklaufquote solle man jedoch vielleicht auch nicht überbewerten. Sie habe eine Frage, welche an das Unternehmen Cubia AG adressiert sei. Es sei für sie nicht verständlich, wie das Unternehmen zu der Aussage komme: „Die niedrige Quote ist - wie die Ergebnisse zeigen - auf eine Distanz zwischen Belegschaft und oberster Verwaltungsebene als Initiator der Befragung zurückzuführen“. Ihrer Einschätzung nach ließen die Ergebnisse nicht den Rückschluss zu, weshalb jemand die Umfrage nicht ausgefüllt habe. Sie bitte die Verwaltung, diese Aussage noch einmal bei dem Unternehmen zu hinterfragen. Was sei der Anlass dieser Formulierung gewesen? Gegebenenfalls könne auch noch einmal eine andere Formulierung gefunden werden.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) sichert auch hier eine Nachbereitung zu; man befinde sich noch in einem sehr frühen Stadium. Die Umfrage sei gerade erst durchgeführt und die Ergebnisse erst jüngst aufbereitet und in der Versammlung vorgestellt worden. Zudem seien für alle Bereiche auch allgemeingültige Fragen gestellt worden, welche gegebenenfalls zu Unschärfen und Ungereimtheiten führten. Diese gelte es noch einmal näher zu analysieren. Vieles könne in ein paar Monaten dann sicher besser beurteilt und eingeordnet werden, als dies heute der Fall sei.

Ratsfrau Moselage (FDP) unterstreicht die Ausführungen von Ratsfrau Parting. Auch sie habe sich ebenfalls an dieser Aussage gestoßen und finde es daher wichtig, dass die Verwaltung an dieser Stelle noch einmal bei dem Unternehmen nachhake. Neben dem bitte sie die Verwaltung nachdrücklich, die Umfrageergebnisse, auch wenn die Rücklaufquote nur bei 30 % liege, ernst zu nehmen. Dies im Besonderen auch vor dem Hintergrund, dass eine sehr heterogene Menschengruppe im Rahmen der Befragung doch dieselben „Top Five“ Problemfelder, von der Verwaltungsspitze bis runter zu hohem Termin- und Zeitdruck, identifiziert bzw. adressiert habe. Die Verwaltung müsse sich Gedanken machen, wie sie diese Problemfelder abgeräumt bekäme.

Ratsherr Lübben (DIE GRÜNEN) äußert, dass er bei der Durchsicht der Umfrage sofort 3 bis 4 Fragestellungen entdeckt habe, die wortwörtlich aus der Gefährdungsbeurteilung zur psychischen Belastung, welche im Rahmen des Arbeitsschutzes durchgeführt werden müsse, stammten. Diese Annahme werde durch die farbige Befragungsauswertung bestärkt. Bezugnehmend auf diese vergleichbaren Fragestellungen sei dies ein erwartbares bzw. ein durchschnittlich gutes Ergebnis. Problemfelder rund um das Themenfeld Information könne man häufig nur verbessern; jedoch werde man sie nie perfekt lösen können. Ein weiteres Problem sehe er aufgrund der Strukturgröße in einer Versäulung, sodass die Abläufe auch interdisziplinär nicht mehr richtig funktionierten. Auch diese Problematik könne nur verbessert und nie ganz abgeschafft werden. Gegebenenfalls ließen sich auch aus diesen Fragestellungen heraus, die Problemfelder nicht immer eindeutig identifizieren. Die Verwaltung müsse noch einmal ganz genau hinschauen, bei welchen Fragen wirklich Handlungsbedarf und eine Möglichkeit zur Verbesserung bestehe. Bei manchen Punkten müsse man damit leben, dass Menschen „Menschen“ seien.

Frau Dr. Michulitz (DIE GRÜNEN) erkundigt sich danach, ob die Politik, wenn es fachbereichsspezifische Ergebnisse gebe, diese auch erhalten würde oder diese nur verwaltungsintern zur Verfügung stünden. Abschließend würde sie gerne noch 2 theoretische Impulse bzw. Anmerkungen geben. Zum einen seien die Items typisch und sähen bei jeder soliden Mitarbeitendenbefragung so ähnlich aus. Zum anderen nehme sie gerne noch einmal Bezug auf die Rücklaufquote; selbstverständlich sähen 50 % gesünder aus als 30%. Eine Befragung bilde jedoch ab, wo eine Organisation stehe. Sie erlaube sich an dieser Stelle den Hinweis, dass es jetzt besser sei, diese sichtbaren Ergebnisse ernst zu nehmen, punktuell darauf zu reagieren und die Befragung noch einmal zu wiederholen. Sie appelliere für eine nicht zu lange Auswertungsphase und dementsprechend für die Durchführung einer neuen Befragung in 1 1/2 bis 2 Jahren. Die Verwaltung kenne den Prozess ja jetzt.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) betont, dass die Verwaltung die Anregungen gerne aufnehme.

Frau van der Meulen (DIE LINKE) hegt den Wunsch, dass die Stadt Aachen doch mit der Befragung, die vielleicht einmal zum zweiten Mal durchgeführt werde, repräsentativ werden möchte und dementsprechend auch einen wissenschaftlichen Standard verfolge. Dies könne sie den bisher quergelesenen Unterlagen jedoch nicht entnehmen. Ein weiterer Wunsch ziele darauf ab, dass die nächste Befragung mit einer wissenschaftlichen Begleitung und nicht mit einer Agentur durchgeführt werde, da es ja um Ergebnisse und Kennzahlen gehe, die letztendlich auch der Öffentlichkeit präsentiert werden sollten. Natürlich sei eine Rücklaufquote von 30 % nicht repräsentativ. Sie wisse nicht, ob es möglich sei, die Befragung auf einen anderen Standard zu heben, jedoch würden in anderen Kommunen die Befragungen anders durchgeführt.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig